

Bezugspreis:

Einjährig 21.- M., monatlich 7.- M., ...

Telegraphen-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenspreis:

Die achtgeleitete Nonpareilzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 24. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Generalstreik in Elsaß-Lothringen

Paris, 23. April. Nach einer Havasmeldung aus Kolmar ...

Saarbrücken, 24. April. Die der Telegraphen-Union ...

Kapp bleibt in Schweden.

Stockholm, 23. April. Seitens der Regierung wurde ...

Wilson und der Völkerbund.

Wichita (Kansas), 23. April. (Reuter.) In einem Brief ...

Die 200 000 Mann.

Die Deutsche Regierung hat bekanntlich in einer Note ...

Es muß aber zur Steuer der Wahrheit daran festgehalten ...

Die „Freiheit“ hat nur insoweit recht, als der Kampf ...

Zu bedenken ist, daß die Erlaubnis, 200 000 Mann unter ...

Aber das wichtigste: Eine Reichswehr von 100 000 oder ...

Dierkeil in Frankreich. Eine allgemeine Wiederever ...

Die Aufteilung der Türkei.

San Remo, 23. April. Das meldet: Der Oberste Rat ...

Paris, 23. April. (Reuter.) Der Oberste Rat hat beschlossen ...

Amsterdam, 24. April. Die „Telegraaf“ und San Remo ...

Schwere polnische Uebergriffe.

Warschau, 23. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) ...

Anerkennung des Republikanischen Führerbundes.

Wie wir aus dem Reichswehrministerium von untersteter ...

Wo trotzdem gegen Mitglieder des Republikanischen Führer ...

Wir begrüßen diese Auffassung, halten es jedoch für not ...

Wie notwendig dieser Erlaß ist, zeigt folgende Zuschrift, die ...

Bei den vordamern Jägern ist man „unpolitisch“. Die Herren ...

Wegen Verstoß einer Versammlung des Republikanischen Führer ...

Dagegen wird ungehindert in den Kasernen ein von den be ...

Freikorps-Werbeposten verboten.

Von zuständiger Seite werden wir darauf hingewiesen, daß ...

Das Fortschende bezieht sich nicht auf die Werbung der ...

Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Vor einigen Tagen veröffentlichte die „Deutsche Allge ...

Die Tätigkeit der Bureaus bedeutet keine Schädigung ...

Das klingt ja recht beruhigend auf den ersten Blick. Den ...

Wie ausdrücklich vermerkt wird, handelt es sich nicht ...

Wie steht es denn mit dem Wiederaufbau Nordfrankreichs ...

In Wirklichkeit haben wir es mit einer „Affäre“ zu tun, ...

Die ganze Lebensgeschichte des Wiederaufbaus ...

Statt dessen tauchte in Köln das berühmte „Comptoir“ eines gewissen Bruno Gallasch auf, das sich rühmte, Aufträge für den Wiederaufbau an rheinische Industrielle vergeben zu können. Herr Lardieu hat sich nachträglich mit dieser Politik zur „moralischen“ Gewinnung des Rheinlandes in der französischen Kammer begrüßt. . . .

Wie es in Wirklichkeit mit dem Wiederaufbau gegenwärtig bestellt ist, erfährt man, wenn man den Bericht eines Kongresses der Bauunternehmer und Architekten Frankreichs nachliest, der am 14. Februar in Paris stattfand und ausschließlich den Fragen des Wiederaufbaus gewidmet war. Hunderte von Millionen sind danach von skrupellosen Geschäftsmännern bereits „verdient“ worden, ohne daß wirklich etwas geschehen wäre. Nach der französischen Gesetzgebung, auf die wir in ihren Einzelheiten nicht eingehen können, hat jeder Geschädigte Anspruch des erlittenen Schadens in bar und ist völlig frei, die Wiederherstellung nach eigenem Gutdünken vorzunehmen. Man ist nun systematisch dazu übergegangen, die Geschädigten ortswise in Genossenschaften zu organisieren. So sind Riesenaufträge an Geschäftsmännern vergeben worden, die die Aufträge gegen eine entsprechende Provision weiter veräußerten. Es soll sich, wenn wir den Berichten glauben dürfen, ein weicher Kettenhandel mit Aufträgen entwickelt haben. Riesensummen sind eingesackt worden, aber geschehen ist bisher fast nichts.

Andererseits sind von der französischen Regierung Kommissionen eingesetzt, Bureaus in New York und London errichtet worden usw., alles, um sich über die billigsten Bauarten zu informieren, Baumaterialien zu beschaffen und über alle Neuheiten im Baufache unterrichtet zu sein. Auf dieser Reise um die Welt und von einer Tasche in die andere, wobei natürlich überall ein entsprechender Gewinn hängen blieb, haben sich jetzt Aufträge auch nach Deutschland verteilt. Ueber die Kosten läßt man sich in gewissen Kreisen in Frankreich keine grauen Haare wachsen. Wenn jemand eine schlechtere Anwendung macht, stopft man ihm den Mund mit einem Wort, auf dem seit bald sechs Jahren die ganze Politik Frankreichs ruht: „L'Allemagne paiera“ — „Deutschland wird bezahlen“.

Wie die Dinge jetzt in Frankreich liegen, gibt es für Deutschland nur einen Weg: sich an die Wiedergutmachungskommission zu halten. Wenn der französische Finanzminister noch nicht weiß, wieviel er von Deutschland fordern soll, wenn Herr Dubois — eine finanzpolitische Leuchte der Kammermehrheit — bald 300, bald 400 Milliarden verrecknet, die Deutschland bezahlen muß — wohl gemerkt, an Frankreich allein — wenn sich drüben ein Miesentanz entwickelt, ein Panama in vergrößelter Auflage, dann genügt es nicht, die Dinge gehen zu lassen und irgendwelchen untergeordneten „zuständigen Stellen“, die infolge der Vertreibung des Wiederaufbaumaterials über Wasser bekommen haben, zu gestatten, den Skandal auch auf Deutschland auszu dehnen. Wiederaufbauarbeiten dürfen in Deutschland nur ausgeführt werden, wenn sie vertragsmäßig sind.

Eine andere Lösung, die angeblich in San Remo diskutiert wird und die ja im Vertrag von Versailles vorgesehen ist, wäre die Festsetzung einer bestimmten Abgeltungssumme. Und das wäre auch die beste Lösung, weil damit der Wiederaufbau ein interner französischer Angelegenheit wird. Dann, aber auch nur dann, wäre die Ausführung von Arbeiten in Deutschland für den Wiederaufbau Nordfrankreichs „eine Wiederanbahnung der Handelsbeziehungen“ und „keine Schädigung Deutschlands“. Solange diese Lösung aber nicht gefunden ist, dürfen Arbeiten nur ausgeführt werden, wenn sie direkt an die deutsche Regierung übertragen worden sind. Sonst sind sie eine Schädigung Deutschlands, die katastrophale Folgen haben muß.

## Zum internationalen Kongress.

Berichte des Parteivorstandes.

Das Internationale Bureau hat für den bevorstehenden Kongress in Genf, der bekanntlich am 31. Juli beginnt, von den angeschlossenen Sektionen verschiedene Berichte eingefordert, die bis zum 15. Mai eingereicht sein sollen.

Ein Bericht des Parteivorstandes über die Verantwortung für den Kriegsausbruch liegt in deutscher, französischer und englischer Sprache bereits abgeschlossen vor.

An Stelle eines besonderen Berichts zur Frage Demokratie und Diktatur hat der Parteivorstand die Schrift Karl Kautskys über diesen Gegenstand eingereicht und die Abhandlung mit folgendem Schreiben begleitet:

In Erfüllung des im Rundschreiben Nr. 6 vom 23. Oktober geäußerten Wunsches auf Herstellung eines Berichts über „das politische System des Sozialismus“ überfanden wir Ihnen in der Anlage 2 Exemplare der Broschüre „Demokratie oder Diktatur“ von Karl Kautsky mit dem Bemerkten, daß die hier gegebene Darstellung völlig die Auffassungen wiedergibt, die die deutsche Sozialdemokratie in dieser Frage hat. Ebenso ist in ihr zutreffend der Stand der Frage in Deutschland geschildert.

Zur Frage der Sozialisierung hat der Parteivorstand von einem besonderen Bericht abgesehen. Er verweist auf den Bericht der Sozialisierungskommission. In die vom Internationalen Aktionskomitee eingesetzte Kommission zur Vorbereitung der Beratung auf dem Kongress hat er den Genossen Otto Hue delegiert.

## Schwierigkeiten in Sachsen.

Die U. S. P. lehnt ab.

Dresden, 24. April. (Eigener Drahtbericht des Vorwärts.) Die sächsische Regierungskrise ist noch nicht gelöst. Wie das neue Kabinett zusammengesetzt sein wird, ist noch nicht vorzusehen.

Am Sonntag findet eine Landeskongress der S. P. D. statt; auf ihr soll die Forderung unserer Genossen einmütig betont werden, den Einfluß der sächsischen Arbeiterschaft bei der Neubildung der Regierung zum Ausdruck zu bringen.

Die Unabhängigen, denen jetzt Gelegenheit gegeben wäre, an der Regierungsbildung teilzunehmen, haben auf ihrer außerordentlichen Landesversammlung einen Antrag des Landesvorstandes angenommen, der lautet: Die U. S. P. lehnt es ab, vor Abschluß der Reichstagswahlen und der gleichzeitig vorzunehmenden Wahlen zur sächsischen Volkskammer sich in Sachsen an der Bildung der Regierung zu beteiligen.

In einer weiteren Resolution des Landesvorstandes erklärt die U. S. P. sich an keiner Regierung zu beteiligen, in der Vertreter der bürgerlichen Parteien sitzen. Hiermit dürfte also auch ihre Regierungsbeteiligung nach den Wahlen mehr als in Frage gestellt sein. Ferner fordert die Resolution grundsätzliche und sachliche Führung des Wahlkampfes und fährt fort:

Gegnerische Versammlungen sind in der Regel nicht mit Rednern der U. S. P. zu beschicken. Zu den gegnerischen Versammlungen rechnen auch die Versammlungen der Rechtssozialisten und Kommunisten.

Der Beschluß, den Wahlkampf mit sachlichen Mitteln zu führen, ist als nachahmenswert sehr zu begrüßen. In der Aufforderung, sich an gegnerischen Versammlungen nicht zu beteiligen, ist eine beinahe zu große Reserve ausgesprochen. Vielmehr hätten wir nicht das mindeste dagegen einzutenden, wenn auch die Mitglieder der U. S. P. in unseren Versammlungen zu sachlicher Diskussion das Wort ergriffen. Ein gegenseitiges, von persönlichen Beschimpfungen freies Aussprechen dürfte wesentlich zu einer

Annäherung beider Parteien beitragen und den gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion, den ja auch die U. S. P. in ihrer Resolution fordert, ausrichtreicher gestalten.

## Gegen das Ministerium Kahr.

München, 24. April. Wie die Telegraphen-Union meldet, haben die Sozialdemokraten einen neuen Vorstoß gegen das Ministerium Kahr unternommen. Sie brachten im Landtage eine Interpellation ein, welche von der Regierung neue Auskünfte über die Vorgänge vom 14. März in München fordert, ferner Mitteilungen über die Dokumente der Gegenrevolution und endlich Äußerung des Ministerpräsidenten über seine angeblichen Erklärungen über die Gefahr eines Bruchs mit dem Reich.

## Hamburger Truppenverschiebungen.

Wir hatten am 15. April abends auf die Truppenverschiebungen in Hamburg hingewiesen und hierbei von einem Telegramm eines Majors Schleicher Mitteilung gemacht, in dem aufgefordert wurde, die Truppentransporte abzufertigen, da sie dazu dienen, die Truppen in ihre normalen Garnisonen zu befördern. Im Anschluß hieran hatten wir auf das Befremdende dieses Befehls hingewiesen. Nunmehr sendet uns Herr Major Schleicher sein Telegramm im Wortlaut ein. Es lautet:

„Erstes und zweites Bataillon Regiment 18 und Pionier-Btl. 9 müssen in den Grenzschutz an polnische Grenze abbestimmt werden. Gleichgültig sind die übrigen im Bereich der Reichswehrbrigade 9 angeordneten Transporte auszuführen, da sie nur dem Zweck der Verlegung der Truppenteile in ihre normalen Garnisonen dienen.“

Major v. Schleicher, Reichswehrministerium.  
Nr. 810. 4. 20. L. 1. A. 3.

Herr Major Schleicher glaubt durch dieses Telegramm uns hinreichend davon überzeugt zu haben, daß unsere Schlussfolgerungen in unserem Artikel nicht den Tatsachen entsprechen. Wir können ihm versichern, daß er sich hierin völlig im Irrtum befindet. Im Gegenteil! Man wird sich nach Bekanntwerden dieses Telegramms, wie auch das „Hamburger Echo“ vom 15. April abends zutreffend ausführte, mit diesem „Grenzschutz“ etwas näher zu befassen haben. Wir lehnen es also ausdrücklich ab, unsere seinerzeit festgelegte Auffassung in irgendeiner Hinsicht zu berichtigen.

## Der „Rote Armee“-Schreck.

Brigade Döberitz — Brigade Ehrhardt.

Die reaktionäre Presse stimmt ein Schreckensgeschrei darüber an, daß die Regierung (man denke: die Regierung!) mit der Bildung einer „Roten Armee“ beschäftigt sei. In Wirklichkeit handelt es sich um die Auffstellung einer republikanisch zuverlässigen Kerntruppe, deren Zusammenstellung in Döberitz nunmehr gesichert sein dürfte. Der Reichswehrminister Seidler hat darüber in München am Freitag folgendes ausgeführt:

Auf Grund der Erfahrungen beim letzten Rutsch werde er eine für die Regierung unbedingte zuverlässige Brigade bei Berlin bilden. Von dieser Absicht werde er sich nicht abbringen lassen, angesichts der kommenden kritischen Zeit.

Zu Führern der Brigade sind nach unserer Information Offiziere auserlesen, die ihre unbedingte Treue und Zuverlässigkeit in den kritischen Tagen nach dem 13. März bewiesen haben.

Das ist die „Rote Armee“, das sind die „Vollschweißlichen Abenteuerer“, von denen die reaktionären Blätter fabeln! Sie handeln getreu ihrem alten Prinzip: „Wer ich durchaus nicht leiden kann, zeig' ich als Bolschewist an.“

Wie notwendig die Existenz einer republikanisch zuverlässigen Brigade ist, das beweisen gerade die reaktionären Blätter, indem sie die unterdrückten Drohungen

dem besonders Edgar Rietsch, Waffenschmied und Guido Dergfelds Gottschalk herborrufen, lassen zum Erfolge mit. Für die späteren Aufführungen würden sich noch weitere Kürzungen empfehlen. Eine kleine Änderung, welche die Regie, im Anschluß an den ursprünglichen künstlerischen Plan, mit der freigewählten Aunigunde vorgenommen, dürfte wohl begründet sein. In der Tat entspricht es dem Märchencharakter des Dramas umgibt besser, wenn das Mädchen das böse Weib beim Baden als keuliches Zwitzwesen erkennt.

Die Vertretung der Künstler im Reichswirtschaftsrat. Im letzten Augenblick hat der Ausschuß der Nationalversammlung über die Regierungsvorschläge hinaus eine ausgiebigere Vertretung der deutschen Kunstschaffenden im vorbereitenden Reichswirtschaftsrat bewilligt. Und zwar wird danach je einen Vertreter der Deutsche Werkbund, der Allgemeine Konföderationsverband und der Schriftstellerverband, zwei Vertreter werden die Verbände bildender Künstler in Berlin und München stellen.

„Das einsame Brad“, ein Lauchfilm, der im Mozartsaal vorgeführt wurde, hatte eine sehr gute Premiere. Der Film zeigt, daß die deutsche Technik allen Ländern voraus eilt. Die Bilder, deren Handlung sich 10—20 Meile tief im Wasser abspielt, sind von Lauchoperatoren aufgenommen, die in schlauchlosen Tauchanzügen frei im Wasser sich bewegen. Wie unter Wasser, sind die Bilder über Wasser von künstlerischer Auffassung, sowie von neuer Lichtschönheit. In der Hauptrolle steht Harry Liedtke in meisterhaftem Spiel mit Zoo Hull, die an verführerisches Quacksilber erinnernd, die Szenen belebt.

Seife und Braunkohle. Es ist neuerdings geblüht, wie in der „Landschau“ mitgeteilt wird, aus dem Torzol der sächsischen Braunkohlen eine wirklich gute Toilettenseife herzustellen. Die wissenschaftliche Grundlage beruht auf der Einwirkung von Ozon auf ungesättigte organische Verbindung. Bei den ersten Versuchen, die Prof. Dr. Harries zu diesem Zweck ausführte, bildeten sich grobe Pfannen erstickender und überreicher Dämpfe, die die ganze Pflanzengasse der Umgebung in kurzer Zeit verborren ließen. Schwierigkeiten waren auch dadurch zu überwinden, daß Opone außerordentlich stark explosive Körper sind. Alle diese Hindernisse und Schwierigkeiten sind aber dann beseitigt worden, und so wurde schließlich auch der Versuch nach Torzol, der der Seife noch anhaftete, beseitigt. Die künstliche Seife ist nunmehr von der natürlichen nicht zu unterscheiden. Die Herstellungskosten dieser Seife werden mit 3 Mk. für ein Kilogramm berechnet, während man heute auf dem Markt für ein Pfund geringwertiger Seife 5 Mk. bezahlen muß.

Die Erkaufungen der Woche. Di. 13. d. Königsbrunn Str.: Mit dem Feuer spielen. Die große Katharina. Mit. Genu: Onkel Gohn. Frei. Kleines Th.: Der Enob. So. 14. d. Allen Jantoblr.: Versuch. Pauline. — Rollendorplatz: Eine Nacht im Paradies.

Ein Wilhelm-Goldsamer-Abend, zum Andenken an den 50. Geburtstag des Dichters, findet am Sonntag, den 25. April, nach 5 Uhr, in der Aula des Margareten-Gymnasiums, Pfandstr. 9/11, statt.

## Volkshochschule und Volkrichter.

Von Gustav Grumbh.

Wie nötig wir den Volkrichter haben, zeigen die politischen Prozesse der jüngsten Zeit, zeigt zuletzt die gerichtliche Beurteilung (denn eine Beurteilung ist sie nicht) der Prinzen-Röhlings aus dem Adlonhotel. Die ausschließlich aus Berufsjuristen zusammengesetzte Strafkammer urteilt nicht nur volkstreu, sondern wie ein Feind und Schädling des Volks, gleich als lebten wir noch mitten im wilhelminischen Byzantinismus.

Das Volk, das sich Gesetz gibt, muß auch das Gesetz selber anwenden und darf nicht Gefahr laufen, daß sein demokratisches Recht im Einzelfalle wundtlich von fünf monarchistischen Richtern im vorurteilenden Korpsstudentengeist angewendet wird. Jedes Gesetz lebt erst in der Rechtsprechung; auf den Geist des Richters kommt es mehr an, als auf den Geist des Gesetzes. Denn ein guter Richter kann ein schlechtes Gesetz ebenso unschädlich machen, wie ein schlechter Richter mit dem besten Gesetz Schaden stiften kann. Der neue Entwurf des Gerichtsverfassungsgesetzes, der im Reichsjustizministerium fertiggestellt ist, sieht eine Vermehrung der Schöffengerichte, insbesondere den Ertrag der Strafkammer durch ein höheres Schöffengericht vor. Hier sollen die Vergehen in erster Instanz abgeurteilt werden, und hierher soll die Berufung gegen das Schöffengerichtsurteil führen, so daß der Amtsanwalt sie nicht mehr mißbrauchen kann, um an Stelle des Volksgesetzes in zweiter Instanz den Geist der reinen Berufsrichter mitteilen zu lassen.

Um aber auf die Rechtsprechung einen entscheidenden Einfluß nehmen zu können, muß der Volkrichter in der Lage sein, die Autorität eines gebildeten Sachwissens in die Waagschale zu werfen. Dazu genügt nicht die kurze Rechtsbelehrung, die der Vorsitzende im Schwurgericht öffentlich erteilen muß, während es im Schöffengericht von seinem Vorgesetzten abhängt, wie weit er sich in der nicht öffentlichen und meist gedruckten kurzen Beratung zu einer Belehrung Zeit nimmt. Die Schöffen und das ganze Volk müssen es als einen unwürdigen Zustand ansehen, bei der Erfüllung höchster Aufgaben nur als Stoffage benutzt zu werden.

Hier müßte die Volkshochschule zielbewußt eingreifen. Man hat sie in Gegenfah zu der Universität gestellt und gesagt, nur diese diene zur Vorbereitung auf einen bestimmten Beruf. Mag sie im allgemeinen schließlich die Schulung des Denkens und die Wissensbeurteilung zu vermitteln haben, so darf die Volkshochschule jedenfalls auf dem Gebiete des Rechts nicht an der Vorbereitung zu dem Amt der Volkrichter vorbeigehen. Sache des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und des von ihm berufenen Zentralkomitees für Volkshochschulen wird es sein, gerade diesen Zweig der Heranbildung von Volkrichtern besonders zu pflegen und eine entsprechende Anreize für die einzelnen Volkshochschulen zu geben. Eigentümlich ist es, daß der gegenwärtige Arbeitsplan der Volkshochschule Groß-Berlin überhaupt keine strafrechtliche Vorlesung oder Arbeitsgemeinschaft vorsieht, sondern nur die Besprechung von „Rechtsfragen des täglichen Lebens“.

Daß die Volkshochschullehrer mit Sorgfalt ausgewählt werden müssen, ist eigentlich selbstverständlich: es kommt nicht nur auf den Grad der wissenschaftlichen Befähigung der Dozenten an, sondern es muß auch ein genügendes Maß von pädagogischem und sozialem Verständnis verlangt werden. Vielleicht steht der Universitätsprofessor auch heute noch nicht vereinzelt da, der in dem Sammelwerk „Die Reform des Reichsstrafgesetzbuches“ (das also doch von einem neuen Geist Zeugnis ablegen sollte) bei der Frage, ob die Mutter ihr Kind töten dürfe, wenn der uneheliche Vater es unter der Drohung verlange, er würde sie sonst selber töten, folgendes ausführt: „Dennoch befaßt mich ein gewisses Grausen bei dem Gedanken, daß die Rechtsordnung der Mutter die Tötung ihres Kindes erlaubt, nur damit sie selbst am Leben bleibe; und wie wäre es denn, wenn wir uns an Stelle des unehelichen Kindes ein wertvolleres Objekt, etwa einen Prinzen, und als Tötende dessen Wärterin denken, die ihr anarchischer Geliebter in der angegebenen Weise zur Tötung drängt?“

Volkshöhne: „Das Mädchen von Seilbrunn“. Die einzelnen Momente und Szenen, die dem Reisschen im Aufbau vielfach so verworren und in der schließlichen „Erhöhung“ des Seilbrunner Bürgermädchens zu einem kaiserlichen Hofard etwas heimlich anmutenden „großen Ritterhochzeit“ ein Anrecht auf Unsterblichkeit verdienen haben, kamen in der Aufführung der Volkshöhne mit ungebrochener, naturhaft frischer Kraft heraus. Die Charlotte Schuch sie spielte, erschien das Mädchen als leidenschaftliche Verkörperung traumhaft unbesuhten Lebens, das abseits aller kugelnden Erregung überall durch eine dunkle, aber unerbittlich sichere Bewegung lebensfähigen Gefühls geleitet wird. Die Tochter, als welche sich dem prosaisch nüchternen Sinn die ungreifliche, von jedem eigennütigen Bedenken, jeder Rücksicht auf das Urteil anderer und die Folgen losgelösten Liebe darstellt, ist durch des Dichters Phantasie hier ins Ungemeine erhöht. Doch so, daß diese Tochter dabei als Ausdruck einer gleichsam leiseren Natur erscheint, der in unmittelbarer Einheit, ohne Vermittlung der Reflexion, Richtung und Tiefe ihres Handelns vorgeschrieben sind. Das Communale verdrängt sich in der Darstellung der Künstlerin mit allen Reizen kindhaft einfältiger Natürlichkeit. Gleich in der ersten Szene, wo sie vor dem Bericht der Heime ihre Aufgaben machen soll, trat dieses Innichthelberühren, die Herzengröße in wunderbarer Gutgüte. Dieses schlichte Verweilen, das mit geschlossenem Auge der Stimme des Herzens folgt, läßt sie die Demütigungen, die ihre Liebe über sie verhängt, gar nicht empfinden, macht, was bei jeder anderen als unwürdig erschien, in ihrem Wille liebenswert. Während und anmuthvoll entfaltet sich das selbstsam fremde Wesen der dichterischen Phantasiegehaltig; gipfelt in der wunderbarsten Szene, in der der Ritter unter dem blühenden Holunderbaum der Schlafenden ihr still behütetes Geheimnis ablauscht. Ebenbürtig stand ihr der herbe, hüßig gütig, nach langem Widerstreben im Strahl dieser übermächtigen Liebe erzwungene Mittermann Friedrich Kahler's zur Seite. Einfache stimmungsvoll stilisierte Dekorationen (nach Entwürfen von Strohsch) und ein gut gekleidetes Ensemble, in



